

## **Zivilgesellschaftliche Organisationen begrüßen die Einrichtung eines Büros des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs in Venezuela**

**Donnerstag, 15.06.2023**  
**Sebastián Platón**

Staatsanwalt Karim Khan hat deutlich gemacht, dass sein Ziel darin besteht, die Rechenschaftspflicht für Verbrechen nach dem Römischen Statut zu verbessern, und dass er weiterhin seine Zuständigkeit vor den Richter\_innen der Vorverfahrenskammer I geltend machen wird, „bis wir der Meinung sind, dass Venezuela seinen Verpflichtungen wirksam nachkommen kann.“

---

Die unterzeichnenden Organisationen aus der Zivilgesellschaft begrüßen die Einrichtung eines Büros des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs im Land als einen Schritt zur vollständigen Umsetzung der Standards des Römischen Statuts zugunsten der Rechte der Opfer auf Wahrheit und Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und „Nichtwiederholung“.

Staatsanwalt Karim Khan hat deutlich gemacht, dass sein Ziel darin besteht, die Rechenschaftspflicht für Verbrechen nach dem Römischen Statut zu stärken, und dass er weiterhin seine Zuständigkeit vor den Richter\_innen der Vorverfahrenskammer I geltend machen wird, „bis wir der Meinung sind, dass Venezuela seinen Verpflichtungen wirksam nachkommen kann.“

Er hat auch deutlich gemacht, dass sein Büro „seine Zusammenarbeit mit allen interessierten Parteien vertiefen und insbesondere „sein entscheidendes Engagement mit der Zivilgesellschaft weiter stärken wird“, während das Dossier „Venezuela I“ den Richter\_innen vorgelegt wird und die Kooperations- und technischen Assistenzfunktionen seines Büros in Venezuela umgesetzt werden. Dies verdeutlicht noch den hohen Stellenwert, den die Zivilgesellschaft bei der Verwirklichung der Ziele der internationalen Justiz genießt, wie er vor einigen Tagen bei seinem Besuch in Kolumbien erklärte.

Wir möchten die folgenden Punkte in Bezug auf die Eröffnung des Büros und seine Umsetzung in Venezuela hervorheben:

### **Transparenz und Beteiligung der Bürger\_innen**

Wir bedauern, dass die Öffentlichkeit nicht über den Besuch und seine Entwicklung informiert wurde und dass das neue Memorandum of Understanding (MoU) bisher nicht veröffentlicht wurde. In einem Land, in dem institutionelle Undurchsichtigkeit und mangelnde Transparenz in der öffentlichen Verwaltung vorherrschen, hoffen wir, dass dies nicht die Dynamik ist, die der Entwicklung des Mandats des Büros auferlegt wurde. Es ist notwendig, dass das MoU offengelegt wird und folglich bekannt ist, welche vorrangigen Bereiche laut Staatsanwaltschaft festgelegt wurden und in welchen das Amt den Behörden Beratung und Unterstützung bieten wird, insbesondere da das MoU „Unterstützung bei gesetzgeberischen Entwicklungen im Bereich der Justiz“ umfasst.

Das Büro könnte diese Unterstützung bei der Umsetzung in Gesetzgebungsprozessen, wie sie beispielsweise von der aktuellen Nationalversammlung durchgeführt werden, ohne jegliche Öffentlichkeitsarbeit und die Simulation einer Bürgerbeteiligung kaum leisten. Wir

bestehen darauf, dass politische Maßnahmen mit Transparenz gegenüber der Nation ausgearbeitet und verabschiedet werden müssen.

### **Garantien für zivilgesellschaftliche Organisationen**

Es ist wichtig, dass das Büro auch dazu beiträgt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Staat seiner Pflicht nachkommen kann, die Existenz und Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen (CSOs) zu gewährleisten, da die Staatsanwaltschaft und der IStGH sie als „notwendige Partner für die Festlegung erheblicher Verantwortlichkeiten“ betrachten. Der Staat muss Einschüchterungen und Repressalien unterlassen, darunter fällt der Gesetzesentwurf über internationale Zusammenarbeit und das Gesetz über Inspektion, Regularisierung, Maßnahmen und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen. Wenn den zivilgesellschaftlichen Organisationen keine solchen Garantien gegeben werden, wird es für das Büro unmöglich sein, in Venezuela ein unabhängiges Mandat zu entwickeln.

### **Schutz der Opfer**

Die Ansichten der Opfer und ihrer Organisationen müssen angehört und berücksichtigt werden, um den Auftrag des Büros umzusetzen. Insbesondere muss die Unterstützung und Zusammenarbeit des Amtes dazu führen, dass der Staat seine Integrität gewährleistet und die Behörden von Diskreditierungen sowie Einschüchterungs- und Repressalien absehen.

### **Kooperation zwischen dem Büro und dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte**

Wir begrüßen die Einrichtung von Arbeitsbeziehungen zwischen dem Büro und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die zu einer Stärkung beider Instanzen führen und keinesfalls zu einer gegenseitigen Schwächung führen dürften. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass diese Synergie den venezolanischen Staat dazu bringt, die Empfehlungen des Interamerikanischen Systems und der Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte umzusetzen, einschließlich der Empfehlungen der Internationalen Mission zur Ermittlung der Tatsachen, die insbesondere auf die Festlegung von Verantwortlichkeiten abzielen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Venezuela.

### **Nein zur Leugnung, ja zu echten Ermittlungen und Strafverfolgungen**

Wir bekräftigen, dass die nationalen Behörden und diejenigen, die hoheitliche Ämter im Staat ausüben, unverzüglich jeden Angriff oder jede Disqualifizierung gegen den IStGH, die Richter der Ersten Kammer für vorläufige Angelegenheiten, den IStGH-Staatsanwalt und die Mitglieder seines Büros unterlassen müssen. Wir erinnern daran, dass Venezuela ein Mitgliedsstaat des Römischen Statuts ist und daher verpflichtet ist, bei der Verwirklichung seiner Ziele zusammenzuarbeiten und seine Institutionen zu respektieren. Die Regierung muss davon absehen, die Existenz von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu leugnen, die noch nicht einmal untersucht wurden, und auch nicht, dass die Befehlsketten untersucht wurden.

Im Gegenteil hoffen wir, dass das Mandat des Büros den venezolanischen Staat wirklich dazu bringt, echte strafrechtliche Ermittlungen und Strafverfolgungen im Einklang mit den Standards des Römischen Statuts durchzuführen, und dass, falls dies nicht gelingt, auch die Ermittlungen zu Venezuela I offen bleiben sagte Staatsanwalt Karim Khan.

Abschließend hoffen wir, dass die Staatsanwaltschaft nicht nur in Venezuela, sondern auch in Bangladesch, Sudan und der Ukraine, wo die Staatsanwaltschaft ebenfalls die Eröffnung

von Büros plant, ein erfolgreicher Mechanismus sein wird. Die Völker, die Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, haben das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung, und die für solche Verbrechen Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden, damit ihre strafrechtliche Verantwortung geklärt werden kann.

Acceso a la Justicia

Coalición por los Derechos Humanos y la Democracia

Centro de Justicia y Paz (Cepaz)

Centro de Derechos Humanos de la Universidad Católica Andrés Bello

Civilis Derechos Humanos

Defiende Venezuela

Foro Penal

Laboratorio de Paz

Programa Venezolano de Educación Acción en Derechos Humanos (Provea)